Brauchen wir ein „schärferes“ Jugendstrafrecht?

Prof. Dr. Torsten Verrel*

I. Einleitung

Zwar haben sich die Wogen der Anfang des Jahres entbrannten Diskussion über den Umgang mit Jugendkriminalität wieder geglättet, nachdem die vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellten Gewaltdelikte von jungen Straftätern mit Migrationshintergrund und seine damit begründeten Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts nicht die erhoffte Wirkung hatten. Dennoch sind diese Themen keineswegs von der kriminalpolitischen Tagesordnung verschwunden. Vielmehr finden derzeit zahlreiche Tagungen und Veranstaltungen statt, auf denen über die Notwendigkeit gesetzlicher Änderungen diskutiert und das Bemühen um eine jugendkriminologisch fundierte Analyse durchaus erkennbar ist. Jüngst gaben die vom Innenminister präsentierten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2007 Anlass, weiter über Jugendkriminalität und insbesondere über Gewaltdelikte jugendlicher Täter zu sprechen, die gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % zugenommen haben. Freilich hat dieser Befund bei Weitem nicht mehr die mediale Aufmerksamkeit gefunden wie dies noch bei dem von einer Videokamera in der Münchener U-Bahn aufgezeichneten Überfall ausländischer Heranwachsender auf einen 76jährigen der Fall war. Auch kann man angesichts des Wahlausgangs in Hessen erwarten, dass Parteistrategen und Wahlkampfmanager in Zukunft die bisher so zuverlässig stechende Karte „Mehr Sicherheit durch mehr/strengerer Strafrecht“ nicht mehr so bedenkenlos ausspielen werden. Dass der Reflex, auf öffentlichkeitswirksame Straftaten mit der Forderung nach Strafrechtsverschärfungen zu reagieren, im Übrigen keineswegs nur bei einer Partei ausgeprägt ist, zeigte in besonders eindrücklicher Weise die nur kurz nach dem hessischen Wahlkampf anlässlich des Falles Zumwinkel aufwallende Empörung über Steuerstraftäter. Diejenigen, die zuvor lautstarke Kritik an der Instrumentalisierung von Straftaten ausländischer Jugendlicher geübt haben, überboten sich nun förmlich darin, nicht nur Worte des Abscheus gegenüber raffgierigen Managern zu finden, sondern auch nach Strafen zu rufen, wie sie sonst nur im Bereich der Kapitaldelinquenz üblich sind. Und so braucht es leider nicht viel Phantasie sich auszumalen, wie jede Partei der Versuchung erliegen kann, bestimmte Straftaten

oder bestimmte Straftäter ins Fadenkreuz zu nehmen und deren „Bekämpfung“ zum Gegenstand repressiver kriminalpolitischer Forderungen zu machen. Wohin ein derart sektoriales Verständnis von Strafrechtspolitik und die verbreitete Vorstellung führen können, Sicherheit werde in erster Linie durch ein möglichst lückenloses Strafrecht erzeugt, zeigen die Auswucherungen, die das Maßregelrecht, insbesondere die Sicherungsverwahrung als Reaktion auf Sexualstraftaten seit Ende der 1990er Jahre erfahren hat.

II. Erkenntnisse über Jugendkriminalität

Wie stellt sich nun aber die Struktur und Entwicklung der Jugendkriminalität dar? Gibt es aus wissenschaftlicher Sicht ein Bedürfnis für eine härtere Gangart vor allem gegenüber heranwachsenden (Gewalt-) Straftätern? Legt man die nicht durch justizielle Erledigungsstrategien beeinflusste PKS als Gradmesser für die Kriminalitätsaktivität junger Menschen zugrunde, scheint in der Tat Anlass zur Sorge zu bestehen. So entfallen auf männliche deutsche Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren mehr als dreimal so viele Straftaten wie auf Erwachsene. Die männlichen deutschen Heranwachsenden überbieten diese sogar um mehr als das 3,5 fache. Zudem hat sich die Kriminalitätsbelastung dieser beiden Altersgruppen seit Ende der 1990er Jahre nahezu verdoppelt, während die der Erwachsenen annähernd konstant geblieben ist. Ähnlich stellt sich die Entwicklung im Bereich der Gewaltkriminalität dar, unter der die PKS u.a. vorsätzliche Tötungsdelikte, qualifizierte Körperverletzungen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub- und Erpressungsdelikte versteht. Auch hier sind Heranwachsende, vor allem aber Jugendliche deutlich überrepräsentiert, deren Belastung zudem in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Ob sich weiterhin auch die Qualität der Gewalttaten verändert hat, wie aus der Praxis immer wieder zu hören ist, kann anhand der PKS-Daten nicht beurteilt werden. Über die eingangs erwähnte Gruppe junger nichtdeutscher Tatverdächtiger lassen sich der PKS keine aussagekräftigen Informationen entnehmen, da lediglich deren absolute Zahl, nicht aber die auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil bezogenen sog. Tatverdächtigenbelastungszahlen angegeben werden, die aber für einen von demographischen Prozessen unbeeinflussten Vergleich unerlässlich sind. Dass diese Zahlen, die in der Tat teilweise deutlich höher als bei der deutschen Vergleichsgruppe ausfallen würden, nicht angegeben

* Der Autor ist geschäftsführender Direktor des Kriminologischen Seminars der Universität Bonn.

werden, ist aber nicht wie von manchen Politikern gegewöhnt wurde, Ausdruck einer fehlgeleiteten politischen Korrektheit oder gar eines Thematisierungsverbots, sondern vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich der allein anhand von Stichtagszählungen des Melderegisters ermittelte Bevölkerungsanteil bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht mit der gleichen Zuverlässigkeit wie bei Deutschen feststellen lässt.

Anders als dies vielfach im politischen Raum und vor allem in der öffentlichen Berichterstattung geschieht, können die genannten Zahlen der PKS jedoch nicht als statistisch „harter“ Nachweis für ein bedrohliches Ausmaß und eine dramatische Zunahme der Jugendkriminalität herangezogen werden. So ist es zunächst einmal überhaupt nicht verwunderlich, dass junge Menschen überproportional häufig als Tatverdächtige registriert werden. Denn zum einen sollte schon die Lebenserfahrung zeigen, ist es jedenfalls eine kriminologische Binsenweisheit, dass die von zahlreichen Umwälzungsprozessen und Spannungen geprägte Jugend- und Adoleszenzphase zugleich auch der Abschnitt im Leben eines Menschen ist, in dem die Begehung von Straftaten besonders wahrscheinlich ist. Als übereinstimmendes Ergebnis zahlloser Hell- und Dunkelfelduntersuchungen gleich welchen methodischen Zuschnitts haben sich das männliche Geschlecht und ein Alter zwischen 15 und 25 Jahren als die wichtigsten Risikofaktoren für Kriminalität erwiesen. Neben dieser biologisch-soziologischen Erklärung für vermehrte Kriminalität junger Menschen muss zum anderen bedacht werden, dass diese im Vergleich zu erwachsenen Tätern ein ungleich höheres Risiko tragen, polizeilich registriert zu werden. Abgesehen von der oftmals unüberlegten und dilettantischen Tatausführung und der höheren Geständnisbereitschaft junger Täter ereignen sich Jugendstraftaten typischerweise im öffentlichen Raum und sind damit besonders sichtbar. Um es zu überspitzen: Mit Videokameras werden U-Bahnstationen, nicht aber die Büros von Steuerhinterziehern überwacht.

Zur Relativierung des Bildes bekannt gewordener Jugendkriminalität sollte auch die Erkenntnis beitragen, dass sie sich ganz überwiegend aus gewaltloser Eigentums- und Vermögensdelinquenz, namentlich aus (Laden-)Diebstahl, Sachbeschädigung und Leistungerschleichungen zusammensetzt. Die derzeit im Fokus stehende Gewaltkriminalität nimmt bezogen auf alle registrierten Straftaten lediglich einen Anteil von 3,5 % ein, auch wenn uns die selektive Behandlung dieser Erscheinungsform von Kriminalität in den Medien, insbesondere die neue Qualität der Kriminalitätsdarstellung durch im Internet abrufbare Videoaufnahmen ein ganz anderes Bild vermittelt. Überdies bedarf die in der PKS ausgewiesene Ge-

waltkriminalität einer differenzierten Betrachtung, die aber auf der Datenbasis der PKS kaum möglich ist. So machen gefährliche und schwere Körperverletzungen sowie Raubdelikte den größten Anteil dieser Straftatengruppe aus, doch können hinter diesen abstrakt durchaus gewichtigen Deliktstypisierungen Fälle eines weniger schwerwiegenden jugendtümlichen Verhaltens mit nur geringen Tatfolgen stehen. So muss etwa bedacht werden, dass die für jugendliche Täter typische Tatbegehung in einer Gruppe bereits die Qualifikation des § 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB auslöst und dass das „Abziehen“ sogleich zur Einordnung in den Verbrechenstatbestand des Raubes führt. Damit sollen derartige Taten keineswegs verharmlost werden, zumal das Leid, insbesondere die Furcht der übrigens in aller Regel gleichaltrigen Opfer - der Münchener U-Bahn-Fall ist insoweit also atypisch - sich nicht notwendig nach dem Wert der erbeuteten Gegenstände oder nach der Intensität einer erlittenen Körperverletzung richten. Dennoch muss in Rechnung gestellt werden, dass die Spannbreite selbst der mit dem Begriff „Gewaltdelikte“ erfassten Straftaten ganz erheblich ist.

Die Daten der PKS sind auch im Hinblick auf den zu verzeichnenden Anstieg der registrierten Jugendkriminalität nur eingeschränkt aussagekräftig, zumindest aber kommentierungsbedürftig. Der zunächst nahe liegenden Vermutung, dass die zunehmende Zahl registrierter Straftaten auf einem realen Kriminalitätszuwachs beruht, kann nämlich die These gegenübergestellt werden, dass es in den vergangenen Jahren lediglich zu einer besseren Ausleuchtung des Dunkelfelds gekommen ist, sich das Gesamtaufkommen der Kriminalität also in Wahrheit gar nicht, jedenfalls nicht in einem solchen Ausmaß vergrößert hat. Dafür, dass sich die Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung erhöht, aber auch das Kontrollverhalten der Polizei verändert hat, spricht in der Tat einiges. So könnte die zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung insbesondere für das Phänomen der Gewaltkriminalität und eine abnehmende Bereitschaft zur Tolerierung auch leichter Fälle einerseits und der Bedeutungsverlust informeller Sozialkontrolle durch die Familie, die Nachbarschaft und Schule andererseits zu einer verstärkten Einschaltung der Polizei geführt haben, die außerdem durch ihre Einbindung in vernetzte kriminalpräventive Projekte auf lokaler Ebene und eine Erhöhung ihrer Kontrolldichte gegenüber (problematischen) Jugendlichen und nicht zuletzt durch die im Erlassweg eingeführte Anzeigepflicht der Schulleitungen häufiger als früher von Straftaten erfährt. Für eine derartige Entwicklung spricht etwa der Umstand, dass die Tatverdächtigenbelastungszahlen für Jugendliche und Heranwachsende auch dann noch angestiegen sind, als der Gesamtumfang der regi-

strierten Kriminalität stagnierte oder sogar rückläufig war. Als Indikator für eine verstärkte Wahrnehmung auch geringfügiger Jugendstraftaten darf der Befund gewertet werden, dass die Verurteiltenzahlen bei weiten nicht in dem Ausmaß wie die Tatverdächtigenbelastungszahlen gestiegen sind, folglich viele Strafverfahren gegen Jugendliche informell im Wege einer Verfahrenseinstellung erledigt werden.

Ebenso deuten auch neuere Erkenntnisse der Dunkelfeldforschung wie etwa die vom KFN in Hannover durchgeführten Schülerbefragungen darauf hin, dass die Jugend(gewalt)kriminalität seit Mitte der 1990er nicht weiter angestiegen, sondern eine sogar rückläufige Tendenz aufweist. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass der Bundesverband der Unfallkassen zwischen 1993 und 2003 einen Rückgang von „Raufunfällen“ aufgrund vorsätzlicher Aggressionen an Schulen zu verzeichnen hatte und auch keine qualitative Zunahme der dabei erlittenen Verletzungen feststellen konnte. Da in Deutschland allerdings regelmäßige und nach gleichen Standards durchgeführte Dunkelfelderhebungen größeren Umfangs fehlen und auch dieser Zugangsweg zur Kriminalität methodischen Einschränkungen unterliegt, kann der Nachweis einer *nur* auf einem veränderten Kontrollverhalten beruhenden Zunahme amtlich registrierter Kriminalität letztlich nicht geführt werden. Hinzu kommt, dass die zweifellos veränderten Lebens- und Entwicklungsbedingungen junger Menschen, namentlich die Schwächung sozialer Bindungen, der mit dem Wertewandel verbundene Orientierungsverlust, die Zunahme an Tatgelegenheiten sowie ein wachsender Konsumdruck plausible Erklärungen für eine Erhöhung der kriminellen Gefährdung dieser Altersgruppe und damit für einen realen Anstieg der Jugendkriminalität liefern können.

Wir müssen also einstweilen davon ausgehen, dass die Entwicklung der registrierten Jugendkriminalität sowohl auf ein verändertes Kontrollverhalten als auch auf eine Zunahme der Risikofaktoren für Jugendkriminalität zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund, aber auch der Erkenntnis, dass Jugendkriminalität ganz überwiegend von geringer Schwere ist und episodenhaften Charakter hat, sich also in den allermeisten Fällen nicht im Erwachsenenalter fortsetzt, besteht kein Anlass, das Schreckensbild einer immer gewalttätigeren Jugend zu zeichnen. Verstärkter Aufmerksamkeit bedarf allerdings die Minderheit solcher Jugendlichen und Heranwachsenden, die durch mehrfache und auch schwerere Delikte auffallen. Auf diese sog. Mehrfach- und Intensivtäter entfällt ein erheblicher Teil sowohl der registrierten als auch der selbst berichteten Kriminalität. Bei dieser Tätergruppe besteht demnach besonderer Handlungsbedarf, auch um der möglichen, jedoch keineswegs

zwangsläufigen Entwicklung einer kriminellen Karriere bis ins Erwachsenenalter hinein entgegenzuwirken.

III. Jugendstrafrechtliche Reaktionen auf Jugendkriminalität

Dies führt zum zweiten Teil der Überlegungen, nämlich zu der Frage, ob das derzeitige Instrumentarium jugendstrafrechtlicher Sanktionen ausreicht, um auch auf gewichtigere Formen von Jugendkriminalität angemessen reagieren zu können bzw. ob die Jugendgerichte von den vorhandenen Interventionsmöglichkeiten in der gebotenen Weise Gebrauch machen. Wurde das Vorurteil einer allzu nachsichtigen, unverständlichen Milde walten lassenden Justiz bisher nur, allerdings permanent von bestimmten Zeitungen bedient, konnte man während des hessischen Wahlkampfes beobachten, dass sich auf den Leserbriefseiten, aber auch in Kommentaren selbst renommierter Tageszeiten Unmut über angeblich der Wirklichkeit entrückte Jugendrichter breit machte. Nach wie vor sind schärfere Sanktionen auch Gegenstand rechtspolitischer Forderungen. So wird etwa in der „Wiesbadener Erklärung“ der CDU vom 5. Januar 2008 u.a. verlangt, einen sog. Warnschussarrest einzuführen, auf Heranwachsende im Regelfall Erwachsenenstrafrecht anzuwenden, die Höchstgrenze der Jugendstrafe für Heranwachsende von derzeit 10 auf 15 Jahre anzuheben und Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden auch neben Jugendstrafe zuzulassen.

Betrachten wir zunächst die Sanktionierungspraxis der Gerichte, so zeigt sich ein insgesamt sehr konsistentes Entscheidungsverhalten, dass in der Tat von deutlicher Zurückhaltung gegenüber (längeren) stationären Maßnahmen geprägt ist und erzieherisch motivierten ambulanten Maßnahmen den Vorrang einräumt. Dies beruht jedoch mitnichten auf einem Schmusekurs der Justiz gegenüber jugendlichen Straftätern, sondern ist das Ergebnis der Unterscheidung zwischen normaler, zumeist bagatelhafter und sich gleichsam wieder auswachsender Jugendkriminalität einerseits und der Sondergruppe mehrfachauffälliger junger Straftäter andererseits. Die Sanktionspraxis der Jugendgerichte ist außerdem durch die Erkenntnis geprägt, dass es insbesondere bei jungen Menschen sehr schwierig ist, positive Verhaltensänderungen unter den Bedingungen des Strafvollzugs zu bewirken. Dieser muss vielmehr *ultima ratio* in solchen Fällen bleiben, in denen das Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit oder der Strafzweck der Vergeltung bei schwersten Straftaten eine Verhängung von vollstreckter Jugendstrafe gebietet. Es mag Einzelfälle geben, in denen verniedlichende Sanktionen ausgeworfen werden, die weder vom Täter noch in der Öffentlichkeit ernst genommen werden. In der ganz überwiegenden Zahl der

Fälle hat die vielfach missverstandene Geduld und das Zuwarten der Jugendgerichte aber ihren Grund darin, dass es selbst unter den Mehrfachauffälligen zu Spontanremissionen kommt und sich Jugendrichtern und -richter keinen Illusionen über die Wirkungen von Jugendstrafe hingeben.

Dagegen findet sich bei manchen Politikern der Glaube, man müsse jugendliche Straftäter nur hart genug anfassen, um sie von weiteren Straftaten abzuhalten, ebenso wie die Vorstellung, dass das Jugendstrafrecht im Vergleich zum Erwachsenenstrafrecht das mildere Recht sei, dass einen solchen Zugriff nicht erlaube. Wie etwa die Forderung nach Einführung eines Warnschussarrests zeigt, wird dem „Schnuppern von Knastluft“ eine auch langfristig heilsame Wirkung zugeschrieben; eine Erwartung, die jedoch nach den mit dem Jugendarrest gesammelten Erfahrungen nicht berechtigt ist und die Erkenntnis ausblendet, dass mehrfach auffällige junge Straftäter oftmals eine ganze Reihe von Sozialisations-, Ausbildungs- und Verhaltensdefiziten sowie ungünstige familiäre und wirtschaftliche Verhältnisse aufweisen, denen schwerlich durch Schockstrafen entgegengewirkt werden kann. Hier besteht weitaus mehr Bedarf an nachhaltiger erzieherischer Einwirkung und Hilfestellung als das Gerede vom härteren Durchgreifen Glauben macht, aber auch als die der Jugendhilfe oder freien Trägern zur Verfügung stehenden Etats erlauben.

Gerade zu abenteuerlich ist die Vorstellung, dass die Erhöhung der ohnehin kaum praxisrelevanten Jugendhöchststrafe einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung von Jugendkriminalität leisten kann. Weder schrecken die potentiellen Täter in aller Regel überhaupt nicht bekannten Höchststrafdrohungen von der Straftatbegehung ab, noch können Jugendstrafen von mehr als 5 Jahren Dauer erzieherisch gerechtfertigt werden und verlagert, ja verschärft ein möglichst langes Wegsperrn die Rückfallgefahren.

Die Einführung von anfänglicher Sicherungsverwahrung auch für nach Jugendstrafrecht verurteilte Heranwachsende dürfte schon verfassungsrechtlich ein überaus problematisches Unterfangen sein, bliebe jedenfalls absehbar totes Recht, da es nur in extremen Ausnahmefällen möglich sein wird, einem unter 21-Jährigen, der in seiner Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichsteht, eine dauerhafte Gefährlichkeit zu attestieren, der nicht anders als durch eine sich an den Strafvollzug anschließende unbefristete Sicherungsverwahrung begegnet werden kann. Spätestens hier wird das Feld einer seriösen Reformpolitik zu Gunsten eines symbolischen Jugendstrafrechts verlassen, das dem Publikum einen Sicherheitsgewinn suggeriert, der mehr als zweifelhaft ist jedenfalls in keinem Verhältnis zu dem dafür getriebenen Aufwand steht.

Ebenso wenig kann die generelle Einbeziehung Heranwachsender in das Erwachsenenstrafrecht als eine Maßnahme zur besseren Kriminalitätsbekämpfung gerechtfertigt werden. Der entscheidende Unterschied zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht besteht gerade in der konsequenten spezialpräventiven Ausrichtung des JGG mit seinem weitaus differenzierteren Sanktionsinstrumentarium. Die viel zitierte Vorreiterrolle des JGG für das StGB beruht vor allem darauf, dass sich im flexibleren, Raum für Sanktionskreativität gebenden Jugendstrafrecht neue und erfolgreiche Reaktionsformen entwickelt haben oder dort ausprobiert wurden, die dann Eingang in das StGB gefunden haben. Die strikte Orientierung des Jugendstrafrechts am Ziel der Rückfallverhinderung erlaubt sogar - dies muss noch zur angeblichen Milde des Jugendstrafrechts gesagt werden - durchaus einschneidendere und raschere Reaktionen auf Straftaten als das Erwachsenenstrafrecht. Hier sei nur auf die unterschiedlichen Mindeststrafhöhen von Jugend- und Freiheitsstrafe, die im StGB nicht eröffneten Möglichkeiten vielfältiger Sanktionskombinationen sowie Sanktionsmodifikationen auch nach Eintritt der Rechtskraft und nicht zuletzt auf die Rechtsmittelbeschränkungen hingewiesen.

IV. Fazit

Die Frage nach der Notwendigkeit von Verschärfungen des Jugendstrafrechts kann nach alledem klar verneint werden. Dieser Standpunkt wird nicht nur einhellig von der Jugendstrafrechtswissenschaft vertreten, sondern auch – und das dürfte ein wesentlicher Grund für den Misserfolg der hessischen Wahlkampfkampagne gewesen sein – von der großen Mehrheit der Jugendstrafrechtspraktiker geteilt. Die vom JGG zur Verfügung gestellten Maßnahmen, um auf Straftaten junger Täter zu reagieren sind jedenfalls im Bereich stationärer Sanktionen ausreichend. Hier bedarf es vielleicht anderer, aber nicht strengerer Formen des Freiheitsentzugs. Was dagegen fehlt, sind vor allem die personellen Kapazitäten, um das Jugendstrafrecht tatzeitnah zur Geltung zu bringen, ein flächendeckendes Angebot an ambulanten Maßnahmen und nicht zuletzt eine stärkere Vernetzung der an der Jugendstrafrechtspflege beteiligten Instanzen. Welche Erfolge bereits nach geltendem Recht möglich sind, wenn eine Bündelung bzw. Freistellung der Kräfte für eine ebenso konsequente wie nachhaltige Einwirkung auf die Problemgruppe mehrfach auffälliger Straftäter erfolgt, zeigt etwa das Kölner Intensivtäterprojekt. Im Umgang mit Jugendkriminalität ist nicht mehr „Härte“ gefragt, sondern die Fähigkeit zum differenzierten, aber auch entschiedenen und raschen Einsatz der vorhandenen jugendstrafrechtlichen Reaktionsmöglichkeiten.